

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorsätzliche Falschangaben durch Staatsrat Prof. Dr. Hoffmann ermöglichten rechtswidrige Zahlung an Günter-Grass-Stiftung

Durch den Verzicht Bremens auf Rechte gegenüber E.On hat die stadteigene Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH unter anderem fünf Millionen Euro eingenommen. Statt sie im Haushaltsentwurf 2004 zu veranschlagen, wollte das so genannte Wirtschaftskabinett eigenmächtig eine bestimmte Verteilung der Mittel vornehmen. Eine halbe Million Euro sollten der Günter-Grass-Stiftung zufließen, die im Februar 2004 ausgezahlt wurden.

Der städtische Haushalts- und Finanzausschuss hat hierzu einstimmig festgestellt, dass mehrere Verstöße gegen Bestimmungen der Landesverfassung und des Haushaltsrechts vorliegen.

Ungeklärt war bislang die Frage, wie es gelingen konnte, die Verwaltung so zu manipulieren, dass das Geld rechtswidrig an die Günter-Grass-Stiftung ausgezahlt werden konnte.

Aus diesem Grund haben Abgeordnete Einsicht in die Akten der Senatskanzlei und des Finanzressorts genommen. Diese hatte zum Ergebnis, dass der Chef der Staatskanzlei, Staatsrat Prof. Dr. Hoffmann, in der haushaltslosen Zeit im Februar die Auszahlung anordnete. Damit die Auszahlung durch die Verwaltung erfolgen konnte, behauptete er, die Mittel seien zweckgebunden gespendet worden, obwohl er wusste, dass seine Behauptung nicht der Wahrheit entsprach. Dadurch erreichte er, dass das Geld jenseits der öffentlichen Kontrolle in der haushaltslosen Zeit an die Günter-Grass-Stiftung fließen konnte.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft stellt fest, dass der Chef der Senatskanzlei, Staatsrat Prof. Dr. Hoffmann, bewusst die Unwahrheit gesagt hat, um die eine rechtswidrige Zahlung einer halben Million Euro an die Günter-Grass-Stiftung auszulösen.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, den Chef der Senatskanzlei, Staatsrat Prof. Dr. Hoffmann, in den Ruhestand zu versetzen.

Anja Stahmann, Dr. Matthias Güldner,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen